

Peter Fauser

Liebe Gabriele Behler!

Eine Antwort auf „Lehrer müssen nicht geliebt werden“. In Die Zeit vom 23.09.2010, S. 75

Liebe Gabriele,

Ihre Hausarbeit über Reformpädagogik und sexuellen Missbrauch wollten Sie in Form einer skandalisierenden Polemik schreiben. Die Idee: Eine ehemalige, einflusslos gewordene Kultusministerin begleicht offene Rechnungen. Ein ehrgeiziger Plan, ich war gespannt. Nun: Ihr Text hat Angriffswut. Er nutzt die Brandbeschleuniger, mit denen man öffentliche Erregung entfacht.

Täter: die „Gemeinschaft der Reformpädagogen“, einflussreich nicht nur durch ihre Gurus, sondern durch einen Filz von Privilegien, Protektion und Selbstgerechtigkeit, der inzwischen alles durchdringt, die Erziehungswissenschaft ohnehin, aber auch die Lehrerbildung, die Richtlinien, die Schulverwaltung – ja, sogar die Zivilgesellschaft mit ihren Netzwerken und Wettbewerben ist dem Nimbus der Wissenschaftlichkeit erlegen, den sich die Reformpädagogen erschlichen haben. Ein übles Imperium, das die Schule als „totale Institution“ einer „Tyrannei der Intimität“ unterwirft, in der Schüler sich „mit Haut und Haar ... lieben lassen mussten, auch wenn sie es gar nicht wollten.“ Sexuelle Gewalt ist hier, so können die Leserinnen und Leser nun selbst schließen, kein Betriebsunfall, sondern eine Folge - sei es libertärer oder autoritärer - Überwältigung reformpädagogischer Provenienz.

Opfer dieser Überwältigungspädagogik sind aber nicht nur die Kinder und Jugendlichen. Nein: Ganz so, als ob sie die wahren Opfer wären, macht sich Ihre Ex-Ministerin zum Sprachrohr der „ganz normalen“ Lehrerinnen und Lehrer in „ganz normalen“ Schulen, ja, auch der Bildungspolitikern und Bildungspolitikern – jener unverdrossenen, stillen, leidensfähigen Arbeiter im Weinberg der Schulentwicklung. „Was haben wir uns nicht alles anhören müssen!“ Und überhaupt, wie wurden wir als „empathielose Vollstrecker unmenschlicher Fachvorgaben und staatlicher Repression“ diskreditiert – autoritäre Staatsdiener in einer verwalteten Schule.

So weit, so gut. Sie zeigen sehr schön, wie Skandale gemacht werden, wie man das Freund-Feind-Schema benutzt, Klischees bedient und Differenzierungen vom Tisch wischt, wie man rhetorisches Blendwerk baut („Und die epigonale, weil historischer Rationalität nicht mehr zugängliche Verklärung der Antike...“). Sie zeigen auch, wie es geht, durch Skandalisierung die Aufklärung und den Opferschutz für die Fragen von Macht und Ideologie zu instrumentalisieren.

Und doch: Beim Lesen habe ich mich irritiert gefragt, ob Sie womöglich die Absicht verfolgen, Ihre Protagonistin scheitern zu lassen. Das wäre denkbar. Es gibt Skandalisierungsversuche, die am Ende ihre Urheber treffen. Aber selbst dann, und diese Kritik kann ich Ihnen leider nicht ersparen, müsste der Text auf einem Niveau argumentieren, das man einer ehemaligen Ministerin abnehmen kann. Stattdessen bietet er kaum mehr als eine Sammlung von Anwürfen und Klischees, die man bis zum Überdruß gehört hat.

Es überzeugt auch nicht recht, wenn eine Ex-Kultusministerin Modellprogramme ihrer eigenen Amtszeit schlecht redet - oder das zivilgesellschaftliche Engagement einer großen

Stiftung (noch immer viel zu selten in Deutschland!), der gerade ihr Bundesland viel verdankt. Es ist nicht glaubwürdig, wenn eine Bildungspolitikerin suggeriert, die „Reformpädagogen“ dominierten in der Erziehungswissenschaft – sie müsste wissen, dass die öffentliche Debatte, die Forschung, dass Kongresse, Fachzeitschriften oder Professorenstellen heute überwiegend unter dem Einfluss der empirischen Bildungsforschung stehen. Sie könnte auch wissen, dass zur Jury des Deutschen Schulpreises angesehene Vertreter gerade dieser Teildisziplin gehören, ebenso wie einer der bekanntesten Kritiker der Reformpädagogik; und dass unter den bisherigen, zweifellos reformstarken, Hauptpreisträger-Schulen sich keine der Tradition der historischen Reformpädagogik zuordnet.

Von einer Ex-Ministerin würde man mehr erwarten. Das gilt erst recht für die sieben Forderungen, die Sie ihr in die Feder legen - eine Mischung aus Halbwahrheiten, Abgeschriebenem und peinlichen Missgriffen. Zwei Beispiele nur: These fünf fordert Wissenschaftsorientierung statt „Überhöhung der eigenen Praxis“. Das ist, erstens, falsch als Entgegensetzung. Es geht um eine qualitätswirksame Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis. Vor allem aber, zweitens: Wo gibt es eine solche Zusammenarbeit? Die Antwort ist peinlich: Besonders ausgeprägt an preisgekrönten Schulen, an Modellschulen, und leider, leider, auch an reformpädagogisch ausgerichteten Schulen. Ausgerechnet der viel geschmähte Hartmut von Hentig, der sich unglücklich verblendet vor Gerold Becker gestellt und damit auch selbst Schaden angerichtet hat – er war es, der die Bielefelder Schulprojekte von Anfang an und systematisch an wissenschaftliche Aufklärung gebunden hat. Über kaum eine Schule kann man soviel schwarz auf weiß nachlesen. Und schließlich, These sechs, der diskursive Supergau: Demokratische Lebensform sei bereichernd für Kinder bildungsbürgerlicher Eltern, für andere eher nicht. Politische Bildung als pädagogische Ghettopolitik sozusagen. Für die Autorin wäre das ein Kamikaze-Argument. Genug davon.

Im Ganzen, liebe Gabriele, finde ich Ihre Arbeit als publizistische Stilübung originell, und, auch durch Glanzlichter akademischer Rhetorik, sprachlich beeindruckend. Hut ab! Dagegen fällt der Fakten-Check leider ungünstig aus. Sie hätten genauer recherchieren müssen, über Ihre Protagonistin und über das Thema. Bitte fragen Sie sich selbst: Wer sollte so etwas drucken? Die taz, die SZ, die FR – oder gar die ZEIT? Kaum vorstellbar, nicht einmal mit der zynischen Unterstellung, hier wolle man jemanden ins Messer laufen lassen.